



Integrationsausschuss

58. Sitzung (öffentlich)

25. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:05 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380
Ausschussprotokoll 16/1189

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/10380 – ohne Votum an den federführenden Innenausschuss zu geben.

2 Sozialverträgliche Integration und gerechte Verteilung von anerkannten Asylbewerbern durch das Instrument der Wohnsitzauflage unterstützen 4

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10792
Ausschussprotokoll 16/1223

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/10792 – ohne Votum an den federführenden Kommunalausschuss zu geben.

3 Die Anerkennung der Flüchtlingspolitik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung **7**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639
Ausschussprotokoll 16/1223

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/8639 – ohne Votum an den federführenden Kommunalausschuss zu geben.

4 Einbürgerungsoffensive „Ja, ich will. Einbürgerung jetzt.“ **8**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3938

5 Förderung von Migrantenselbstorganisationen (MSO) **13**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3937

Aus der Diskussion

1 **Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380
Ausschussprotokoll 16/1189

Nach Informationen des Abgeordneten **Ibrahim Yetim (SPD)** arbeitet der federführende Innenausschuss an einem Änderungsantrag. Deshalb empfehle er, den Gesetzentwurf ohne Votum an den Innenausschuss zu geben.

Henning Rehbaum (CDU) folgt der Empfehlung und betont, das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz habe nur geringe Berührungspunkte mit dem Integrationsausschuss. Vorstellbar sei jedoch die Forderung nach einer Erhöhung des Anteils von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst. Dieses Anliegen entspreche der Meseberger Erklärung. Umso erstaunlicher und bedauerlicher sei das Fehlen dieser wichtigen Thematik im vorliegenden Gesetzentwurf.

Faire Verfahren zur Personalgewinnung sollten gefunden werden, durch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gleiche Chancen im öffentlichen Dienst erhielten. Das solle Inhalt des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sein.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/10380 – ohne Votum an den federführenden Innenausschuss zu geben.

